



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 119
Oktober
2020

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

am 11. September 2020 ist Profes-
sor Peter Paret im Alter von 96 Jah-
ren nach kurzer Krankheit im Kreise
seiner Familie in Salt Lake City ver-
storben.

Mit ihm verlieren wir nicht nur einen
der bedeutendsten strategischen
Denker unserer Zeit, sondern auch
einen Menschen, dessen Humanität
jeden, der ihm begegnen durfte,
immer wieder tief beeindruckte.

Die geistige Wirkung Peter Paret
wird weit über seine Zeit hinaus rei-
chen. Bereits der nachdenklich
stimmende, schöne Nachruf des
Historikers Andreas Daum lässt den
großen Resonanzraum ahnen, in
dem sich Peter Paret's Werk auch in
Zukunft entfalten wird.

Peter Paret fühlte sich der Politisch-
Militärischen Gesellschaft persön-
lich verbunden und begleitete ihre
Arbeit mit Sympathie. Sie wird ihm
ein ehrendes Andenken bewahren.

*Dr. Hans-Ulrich Seidt, Botschafter a.D.
und Stellvertretender Vorsitzender der Politisch-
Militärischen Gesellschaft*

THEMEN

Nachruf auf Peter Paret

**Aus Berlin vor den Nazis ge-
flüchtet, in amerikanischer Uni-
form im Pazifik eingesetzt, als
transatlantischer Historiker
weltweit geachtet.
Zum Jahrhundertleben eines
letzten Bildungsbürgers.**

Wenn er großzügig zu einem Essen
einlud, oft gemeinsam mit seiner
Frau Isabel, einer Psychoanalytikerin,
konnte man gewiss sein, dass
das Ambiente stilvoll, das Gespräch
schnörkellos und ein guter Wein
selbstverständlich waren. Peter Pa-
ret verband, was es nach gängigem
Urteil nicht mehr geben konnte:

In dieser Ausgabe

1 Nachruf auf Peter Paret

Andreas W. Daum

2 Anmerkungen zu Clausewitz

von Prof. Dr. Peter Paret

Vortrag vor der Politisch-
Militärischen Gesellschaft am
18. Dezember 2007 in Berlin

6 Nach 30 Jahren: New World Order als strategisches Programm und politische Wirklichkeit

Dr. Hans-Ulrich Seidt

11 Drone-Era Warfare Shows the Operational Limits of Air Defense Systems

John V. Parachini &
Peter A. Wilson

11 Putins Belarus Optionen

Prof. Dr. Eberhard Schneider

die grenzenlose Bildung eines
Bürgers europäischen Gepräges
und den unpathetischen Stil eines
angelsächsischen Gentlemans,
der in den USA jene Liberalität
lebte, welche diesem vielgeschol-
tenen Land allzu leicht abgespro-
chen wird.

Kultur umgab und prägte Paret,
der 1924 in der Victoriastraße am
Tiergarten in Berlin als Enkel des
Kunsthändlers Paul Cassirer und
Sohn des Privatgelehrten Hans
Paret geboren wurde, seit seiner
frühesten Kindheit. Kurz vor der
Machtergreifung der Nazis folgte
er im Januar 1933 seiner jüdi-
schen Mutter nach Wien. Über

Frankreich und England kamen sie 1937 nach Amerika.

Nach nur drei Semestern Studium im kalifornischen Berkeley meldete sich Paret zum Dienst in der US-Armee. In Berlin hatte er noch Max Liebermann getroffen; in seiner Infanterieeinheit, die in Neu Guinea, auf den Philippinen und in Korea eingesetzt war, dominierten Soldaten ohne High-School-Abschluss. Weder hier noch später zog sich Paret auf Hochmut zurück. „Seit wann“, so schrieb er noch vor wenigen Jahren, „schützt hohe Kultur ihre Träger gegen eigene Jämmerlichkeit?“

Die Kriegserfahrung amerikanisierte Paret nach eigener Aussage, und er hat sie über Jahrzehnte hinweg intellektuell verarbeitet. Die Militärgeschichte war schon auf dem Weg, verpönt zu werden, als er 1960 in London seine Dissertation über die preußische Infanterie um 1800 abschloss, um fortan in immer neuen Varianten das Wechselspiel von Krieg, Strategie und Gesellschaft zu erkunden. Besonders Clausewitz, den geistreichsten der preußischen Armeereformer, hat Paret zu Büchern angeregt – als Professor für Geschichte an der University of California, Davis, und der Stanford University, als Mitglied im Institute for Advanced Study in Princeton und weit über seine Emeritierung hinaus.

Seit den 1970er Jahren intensivierte er daneben das frühe Interesse an Literatur und vor allem an der bildlichen Kunst und Skulptur. Wie Adolph Menzel, über den er ebenso meisterhaft schrieb wie über die Berliner Sezessionisten und Ernst Barlach, ließ sich Paret stets von seinem genauen Blick auf das Einzelne lenken, um von hier aus Merkmale der jeweiligen Epoche zu erhellen. Spätestens wenn man in Paret's Haus in New Jersey kam, wurde klar, dass dieses Vorgehen weit mehr als eine akademische Übung, sondern eine gelebte Welt darstellte: die Tür öffnete sich zu einem Kleinstmuseum der künstlerischen Moderne Deutschlands und Europas.

Gerade in seiner Weigerung, methodischen Methodendiskussionen zu

folgen, blieb Paret über Jahrzehnte hinweg aktuell in seinen Analysen von Militär und Kunst, geschätzt in der Fontane- sowie Clausewitz-Gesellschaft und an der Humboldt-Universität nicht weniger als im Londoner Institute for Strategic Studies und im Pentagon. Als Spagat hat er diese un-nachahmliche Breite nie erlebt.

Wer Paret genau zuhörte, konnte in den feinen Zwischentönen auch jene der Ironie und der klaren Distanzierung von dem erkennen, was er als ungenügende Verallgemeinerungen wahrnahm. Aber stets blieb er verbindlich und vermied es, den eigenen Wertekosmos anderen zu empfehlen. Nobel betonte er stattdessen, wie viel er von den Emigranten der älteren Generation wie Ernst Kantorowicz und Felix Gilbert ebenso wie von jüngeren Kollegen auf beiden Seiten des Atlantiks gelernt hatte.

Dass der gelehrte Zugriff auf Wirklichkeit und ihre künstlerische Interpretation auch in der historischen Forschung nicht voneinander getrennt werden können (und sollen), war Paret ebenso selbstverständlich wie die Mühe, immer weiter zur „Selbstkenntnis“ – wie er es formulierte – zu gelangen. Darin war er nicht zuletzt geschult durch seine Kenntnis der Schriften von Siegmund Freud und des Psychoanalytikers und Reformpädagogen Siegfried Bernfeld, mit dem seine Mutter in ihrer zweiten Ehe in den USA lebte.

Peter Paret war einer der letzten Vertreter der Generation der Männer und Frauen, die im jungen Alter vor Nazideutschland flüchteten, selbst zu Chronisten des so gewaltsamen und doch kreativen 20. Jahrhundert wurden und noch die Vereinigung der beiden Deutschlands des Kalten Krieges erlebten. Auch die Berliner Peter Gay und George Mosse, die Breslauer Fritz Stern und Walter Laqueur, Gerda Lerner aus Wien und andere gehörten zu ihnen.

Mit 96 Jahren ist Peter Paret am vergangenen Freitag in Salt Lake City gestorben, wo er zuletzt bei seinem Sohn, selbst ein Kunsthistoriker, lebte, im Beisein seiner Tochter, die in Berlin als Kul-

turmanagerin wirkt. Sein Jahrhundertleben bleibt ein Beispiel weltbürgerlicher Humanität, die sich selbst nicht absolut setzt.

Andreas W. Daum

Dr. Andreas Daum ist Professor für Geschichte an der State University of New York at Buffalo. Er gehört zu den Herausgebern der German Studies Review und wurde 2019 von der Alexander-von-Humboldt Stiftung mit dem Carl Friedrich Siemens-Forschungspreis ausgezeichnet. Als langjähriger Mitarbeiter des German Historical Institute in Washington D.C. ist ihm die herausragende Bedeutung Peter Paret's für die deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen und die Rezeption des Werkes von Carl von Clausewitz in den USA bestens bekannt. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Anmerkungen zu Clausewitz

Vortrag vor der Politisch-Militärischen Gesellschaft am 18. Dezember 2007 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke Herrn Thiele und Herrn Münkler für die freundliche Einführung, und begrüße diese Gelegenheit mit Ihnen über Clausewitz zu sprechen. Das engere Thema geht auf einen Vorschlag von Herrn Seidt zurück. Er schrieb aus Kabul, dass die Entwicklung einiger Gedanken im Vorwort der neuen Ausgabe meiner Clausewitz-Biographie von Interesse für Sie sein würde, und zwar Gedanken die nicht Clausewitz' Leben, sondern sein theoretisches Werk betreffen.

Ich hoffe es ist Ihnen recht, dass sich meine Bemerkungen nicht nur an die Theorie wenden, sondern auch an Fragen die die Forschung heute beschäftigt, oder beschäftigen sollte – man könnte sagen, Arten und Abarten der Clausewitz Rezeption – Themen die jedenfalls indirekt etwas über Clausewitz' Gedanken aussagen. Dabei möchte ich Sie so wenig wie möglich mit Einzelheiten belästigen – wer hat was über Clausewitz geschrieben – sondern will versuchen, einige allgemeine Probleme der Clausewitz-Deutung, wie ich sie sehe, zu identifizieren.

Die Literatur über Clausewitz konzentriert sich weitgehend auf sein Werk *Vom Kriege*. Aber wie Sie wissen, hat Clausewitz mehr Geschichte als Theorie geschrieben – die sehr unvollständige Erstausgabe seiner Schriften, deren Veröffentlichung kurz nach seinem Tod begann, enthält drei Bände Theorie und sieben Bände geschichtlicher Studien – die Geschichte ist ein bedeutender Teil seiner Beschäftigung mit dem Krieg an sich und dem Problem des Krieges im gesellschaftlichen Leben, aber ein Teil der immer noch nicht genügend beachtet wird. Clausewitz' historische oder politische Schriften werden nicht viel gekauft, sind oft gar nicht vorrätig; aber jedes Jahr gibt es neue Auflagen von *Vom Kriege* auf Deutsch oder in Übersetzung. Das Interesse des Lesers und die Bedeutung des Materials gehen auseinander. Clausewitz' intensive Beschäftigung mit der Vergangenheit ist jedoch alles andere als ein Seitenweg. Sie war wesentlich für die Entwicklung der Theorie, denn wie konnte er Allgemeines über den Krieg feststellen ohne die Zeit in der er lebte mit früheren Zeiten zu vergleichen? Man kann sagen dass geschichtliche Hinweise ein integraler Bestandteil der theoretischen Schriften sind – ein Bestandteil der viele Leser des Werkes *Vom Kriege* immer wieder irreführt hat. Ich komme darauf zurück.

Der Theoretiker Clausewitz ist heute nicht nur von historischem Interesse. Jedes Jahr erscheinen Aufsätze und öfters Bücher über sein theoretisches Werk. Wie erklärt sich dieses Interesse? Clausewitz' Gedanken sind wichtig und vielseitig genug um immer neue Untersuchungen zu verlangen. Aber das wäre auch von anderen Denkern seiner Zeit zu sagen, die grundlegendes geschrieben haben – nicht über den Krieg, aber über andere wichtige Phänomene des gesellschaftlichen Lebens – und die sich trotzdem nicht derselben Aufmerksamkeit erfreuen. Beispiele wären Montesquieu über die Teilung der Macht und Kompetenzen in der Regierung, und Adam Smith über die Dynamik der modernen Wirtschaft. Ihre und Clausewitz' heutige Bedeutung sind ganz verschiedener Art. Das

Interesse an sein Werk reicht von der Wissenschaft zum Militär, bis in die Allgemeinheit. Ein Grund dafür ist die scheinbar permanente Krise vom Atomkrieg zum Banden- oder Terrorkrieg, in der wir jetzt leben. Das führt zu der Frage, liest man Clausewitz um seine generelle Ansicht des Krieges zu verstehen, oder um in seinem Werk Antworten auf die heutigen Krisen zu finden?

Die sogenannten Neuen Kriege führen dazu, Clausewitz' Kriegstheorie anzusprechen in der Hoffnung, dass sie Antworten auch auf dieses neue Problem enthält; oder auch um Clausewitz' Gedanken zu prüfen, was oft dazu führt sie zu verwerfen, mit der Behauptung, dass seine theoretische Beschreibung des Krieges ganz auf der Wechselwirkung von Kriegführung und Politik des Staates beruht. Das ist, glaube ich, der Kern der Meinungsverschiedenheit zwischen Herfried Münkler und Martin van Crefeld. Crefeld, Verfasser des Werkes, *Die Zukunft des Krieges*, findet Clausewitz' Gedanken von der Realität der Neuen Kriege überholt. Herfried Münkler dagegen in seinem Werk *Die neuen Kriege*, zeigt meiner Meinung nach überzeugend, dass Clausewitz' Ansichten auch nicht-staatliche Kriege berücksichtigen. Ein gut fundierter, ich glaube noch unveröffentlichter Aufsatz von Claus von Rosen, *Clausewitz und die Neuen Kriege?*, unterstützt Herrn Münklers Argument, indem er darlegt das Clausewitz' Vorlesungen über den Kleinen Krieg die Gedankengänge im *Vom Kriege* ergänzen. Erlauben Sie, dass ich in diesem Zusammenhang ein kleines Buch über Guerillas erwähne, das mein Kollege John Shy und ich 1961 veröffentlichten.

Damals schrieben wir, *"Ein Verständnis von Clausewitz' Analyse der Wechselwirkung von Politik und Krieg ist der Schlüssel zum Erfolg des Guerillakrieges und des Anti-Guerilla Krieges."* Manche unserer Leser fanden das eine selbstverständliche Wahrheit, andere dagegen meinten, die Erweiterung vom "regulären Krieg" zum Banden- oder "Neuen Krieg" könne nicht einfach vorausgesetzt werden, da Clausewitz sie nir-

gends direkt ausspricht. Wir ahnten nicht, dass 40 Jahre später für manchen die Frage der Relevanz immer noch nicht gelöst ist. Ich erwähne diese Einzelheiten nur weil sie auf ein ständiges Problem der heutigen Clausewitz-Literatur weisen: die Konzentration auf eine Behauptung, ohne Beachtung des Zusammenhanges mit anderen Argumenten, das Pochen auf genaueste Definition, ohne zu erkennen, dass Organisation der Gedanken, und Vokabular und Stil eines Schriftstellers der deutschen Klassik zwangsläufig nicht die eines modernen Politologen sind. Man klammert sich an das Wort "Regierung", ohne zu erkennen, dass Clausewitz damit die politische Leitung im Allgemeinen meint. Die ersten Kapitel in *Vom Kriege* mögen den Eindruck geben, dass Politik für Clausewitz staatliche Politik bedeutet. Aber später, besonders im 8. Buch, sagt Clausewitz deutlich, dass zu allen Zeiten, auch in einem Volk ohne komplexe politische Institutionen, dieselben Wechselwirkungen von Krieg und Politik existierten und zu analysieren sind, ob in einem prähistorischen Hirtenvolk, oder wie er sagt "halbgebildete Tataren", einem Kaiserreich oder einer Republik des 19. Jahrhunderts, wenn sich auch die Institutionen und Formen der Politik und des Krieges geändert haben.

Es ist nie leicht, Ideen und Formulierungen einer früheren Generation aus einer späteren Perspektive zu deuten – aber die Schwierigkeit wächst, wenn wir die heutigen Probleme in den Vordergrund schieben. Ich meine das nicht als Kritik, sondern als einfache Feststellung der Realität. Natürlich muss man nicht Historiker sein um Clausewitz zu verstehen, aber die Erkenntnis der Zeitunterschiede – ob instinktiv oder gelernt – erleichtert den Zugang zu früheren Gedanken.

Die heutige Lage hält also das Interesse an Clausewitz wach. Andererseits führt die Suche nach Antworten zu einem elementaren Irrtum, der die Clausewitz-Literatur immer wieder schwächt. Die Frage "Warum liest man Clausewitz?" ist fast identisch, oder sollte fast identisch sein, mit der Frage "Wa-

rum schrieb Clausewitz?" Diese zweite Frage hat Clausewitz mehr als einmal mit größter Bestimmtheit beantwortet. Ich nenne als Beispiel den Satz im *Vom Kriege*, Buch 6, Kapitel 8 "Verteidigung": "Wir legen es nicht darauf an, schreibt Clausewitz, "neue Grundsätze und Methoden des Kriegführens anzugeben, sondern das längst Vorhandene in seinem innersten Zusammenhange zu untersuchen und auf seine einfachsten Elemente zurückzuführen." Er schreibt also nicht, um zu lehren wie man seiner Ansicht nach Krieg zu führen hat, sondern um den Krieg an sich – "das längst Vorhandene in seinem innersten Zusammenhange" – zu verstehen, und indem wir seinen Gedankengang folgen, uns zu helfen über den Krieg zu denken. Die Kriege die uns jetzt politisch, nicht historisch, beschäftigen, mit Hilfe seiner Gedanken zu verstehen, ist aber etwas anderes als in seinen Schriften nach Regeln oder Gesetzen zu suchen.

Allerdings charakterisiert die wenigstens zeitweise Ausschaltung des Nützlichkeitsprinzips eine sehr gehobene Position, eine Position der reinen Wissenschaft, die nicht jeder annehmen kann oder will. Der Krieg als Problem ist für den weitaus größten Teil der Menschheit immer eine Frage erstens des Überlebens, und zweitens des Siegens gewesen. Der Soldat, der Politiker denkt über den Krieg und liest was andere über den Krieg schreiben, gewöhnlich um zu lernen wie der Krieg mit Erfolg zu führen ist. Diese pragmatischen Interessen sind selbstverständlich, sie haben ihr Recht, und sind ein ganz natürlicher Teil des Prozesses militärische Führer zu bilden. Nun kann man sagen, der beste Weg zum praktischen Erfolg ist den Krieg zu verstehen wie Clausewitz das meint, Klarheit zu erreichen, erstens über die dynamische Verbindung der verschiedenen Elemente und Prozesse des Kampfes selbst, und zweitens über die Elemente die den Kampf veranlassen und ihm seine besondere Form geben – Gesellschaft, Wirtschaft, Technologie, Politik. Und das ist vielleicht richtig, obwohl nicht von jedem abstraktes Denken zu verlangen ist,

und ein teilweises Wissen, verbunden mit praktischen Verstand und Instinkt schon sehr weit führt. Aber in jedem Prozess, der das Wissen, das Verstehen an sich, zu einem Können machen will, ist die Gefahr des Abgleitens zu der linearen Welt der praktischen Grundsätze, sogar Regeln, nur schwer zu vermeiden – besonders da Grundsätze und Regeln in vielen Teilen der militärischen Struktur und Handlung nötig sind. Es ist nie leicht zu entscheiden wo ihre Notwendigkeit aufhört.

Wir sehen, es handelt sich um einen Prozess in zwei Stufen: Man studiert den Krieg um ihn zu gewinnen; und um dieses Ziel zu erreichen, komprimiert man die Vielfalt des Möglichen und formuliert Grundsätze. Wer aber von Anfang an eine theoretische, analytische Schrift wie *Vom Kriege* als Handbuch oder Leitfaden liest, wird mit ziemlicher Sicherheit irgehen. Das pragmatische Element ist jedoch im Studium des Krieges seit jeher so stark vertreten, dass es vielen Lesern immer wieder schwer fällt, dieses Problem zu erkennen, geschweige denn Clausewitz und der abstrakten Objektivität seiner Darlegungen zu folgen.

Mit Scharnhorsts Hilfe hat Clausewitz diese Schwierigkeit schon früh erkannt. Von der Zeit seiner ersten Versuch die Krieg zu verstehen, hat er – zuerst wohl gefühlsmäßig, dann mit immer größerer Klarheit – die Schwächen von zwei entgegen gesetzten Tendenzen erkannt: einerseits die Sucht Systeme zu errichten, andererseits die Unfähigkeit sich von einem reinen Pragmatismus zu befreien, und es ist ein Zeichen seines Erkenntnisses und seiner Ungeduld mit den Systemmachern und der ausschließlichen Pragmatik, oder wie er schreibt mit dem "unwissenschaftlichen Geist", dass er sich nicht gescheut hat in der Vorrede zum *Vom Kriege* den Theoretikern und Lesern, die von Regeln leben, einen Hieb zu versetzen, indem er den Krieg mit einem Hausbrand vergleicht, und Georg Christian Lichtenbergs Auszug aus einer Feuerverordnung zitiert. Lichtenbergs Text beginnt: "Wenn ein Haus brennt, so muss man vor allen Dingen die

rechte Wand des zur Linken stehenden Hauses und hingegen die linke Wand des zur Rechten stehenden Hauses zu decken suchen; denn wenn man zum Exempel die linke Wand des zur Linken stehenden Hauses decken wollte, so liegt ja die rechte Wand des Hauses der linken Wand zur Rechten..." und so fort, weitere zwölf verschachtelte Zeilen lang, die der Feuerwehr genau vorschreiben was sie in jedem Fall zu tun habe, und die den Unsinn verdeutlichen, mit strategischen und operativen Regeln die komplexe Vielfalt des Krieges beherrschen zu wollen. Dass Clausewitz seinem Manuskript über den Krieg nicht Worte eines Feldherrn der Antike oder der Neuzeit voranstellt, sondern den Witz eines eleganten Satirikers, – den am wenigsten kriegerischen Mann den man sich vorstellen kann – ist einmalig in der Geschichte der Kriegstheorie, und sendet eine Botschaft, die wir beachten sollten.

Clausewitz schreibt nicht um Regeln, sondern um Verstehen zu entwickeln, ein Verstehen das der Versuch den Krieg als Ganzes zu sehen ermöglicht oder jedenfalls erleichtert. Sein Text ist voll von Beispielen aus der Kriegsgeschichte, die zeigen wie – nach des Verfassers Ansicht – ein Befehlshaber etwas richtig oder falsch gemacht hat. Das heißt, zeitspezifische Hinweise untermauern zeitlose Wahrnehmungen und Gedanken, oder wie Clausewitz sie nennt "Wahrheiten". Sie erfüllen den Zweck, seine Gedanken so nah wie möglich an die geschichtliche Realität zu halten. Wie er in derselben Vorrede schreibt, "da manche Pflanzen nur Früchte tragen wenn sie nicht zu hoch in den Stengel schießen, so müssen in praktischen Künsten [wie die Theorie des Krieges] die theoretischen Blätter und Blumen nicht zu hoch getrieben, sondern der Erfahrung, ihrem eigentümlichen Boden, nahegehalten werden."

Die Beispiele helfen uns, Clausewitz' Gedanken zu verstehen. Aber historische Hinweise stellen auch eine Gefahr dar. Der Leser – besonders wenn er von Anfang an

nach Regeln sucht, oder wenigstens Regeln begrüßen würde – kann die Beispiele, in denen sich natürlich Clausewitz' positive und negative Kritik ausdrückt, leicht als Verhaltensmassregeln betrachten. Möglich, dass die Umarbeitung, die Clausewitz beabsichtigte, dieses Problem beseitigt hätte. So aber enthält *Vom Kriege* einen gewissen Widerspruch, nicht in der Entwicklung der Gedanken, aber hin und wieder in ihrer Darstellung, ein Widerspruch der manche Leser irreführt.

Das Zitat von Lichtenberg bringt uns zu einer weiteren Frage, die die Clausewitz Literatur bewegt hat, und oft nicht im positiven Sinn: die Frage nach den Quellen seiner Gedanken und Ansichten und den Vorbildern seiner Methode. Die ersten Namen die gewöhnlich genannt werden, sind Kant und Hegel, Kant vertreten von Johann Gottfried Kiesewetter, Verfasser einer populären Einführung in die Kantische Philosophie, und ein Lehrer an dem Berliner Institut für junge Offiziere, zu dem Clausewitz seit Ende 1801 kommandiert war. Dass Clausewitz Vorträge von Kiesewetter hörte ist unzweifelhaft, aber eine nähere Verbindung und bestimmte Entlehnungen lassen sich kaum beweisen. Dagegen ist mit Sicherheit anzunehmen, dass um 1800 ein junger Mann mit Clausewitz' Interessen, sich dieses oder jenes aus der idealistischen und kritischen Philosophie angeeignet hätte. Das Wesentliche in Clausewitz' Art analytisch zu denken war, wenn nicht Gemeingut gebildeter Menschen, ihnen jedenfalls nicht unbekannt – zum Beispiel seine Überzeugung, dass ein komplexes Geschehen wie der Krieg nur zu verstehen ist, wenn man Krieg nicht nur als Kampf ansieht, sondern alles was im Krieg wirksam ist – Politik, Kampf, Psychologie, usw. – in ihrem Zusammenhang untersucht; was damals Goethe in seiner Studie nach Spinoza so ausdrückte: "*Teile... sind dergestalt unzertrennlich vom Ganzen, dass sie nur in und mit demselben begriffen werden können*" – also das Wesen der Verteidigung durch den Angriff, das Wesen der Strategie durch Politik oder ihren Mangel, usw.. Sogar der Nutzen

operativer Handlungen durch die politischen Ziele des Krieges.

Weitere Allgemeinheiten wären, zum Beispiel, die dialektische Methode, oder solche Konzepte wie das Prinzip der Polarität, in der, wie Clausewitz schreibt, die positive Größe und ihr Gegensatz, die negative, sich genau vernichten, ein Prinzip gegen das er einzelne Kriege oder Schlachten misst – alles Konzepte der Intelligenz seiner Zeit wohlbekannt.

Nicht nur das allgemeine Ziel der Deutung wissenschaftlicher und sozialer Phänomene, und die Methode diese Ziel zu erreichen, auch bestimmte Gedanken über den Krieg waren in der Kultur der Zeit vorhanden – Rohmaterial das Clausewitz auf seine Weise verarbeiten konnte. Nur als Beispiel, nicht um eine neue Quelle seiner Theorien zu identifizieren, möchte ich Schillers Wallenstein Trilogie nennen – Dramen die den Krieg nicht als theatralische Dekoration verwenden, sondern in denen eindringlich über Politik und Krieg, und über die Psychologie des Soldaten gesprochen wird. In dem großen Dialog zwischen Octavio und Max im ersten Akt der Piccolomini, warnt Octavio seinem Sohn nicht als "Nur-Militär" zu denken, dabei fällt ein Satz, der Wort für Wort in *Vom Kriege* erscheinen könnte, und zwar im Abschnitt des ersten Kapitels, in dem Clausewitz darlegt dass ein Krieg nicht nur das Ziel hat den Gegner zu besiegen – obwohl auch das nicht immer der Fall sein muss – sondern dass der Krieg um etwas außerhalb des Krieges geführt wird: um ein politisches, territoriales, oder ideologisches Ziel. Oder wie Octavio sagt: "*Im Kriege selber ist das letzte nicht der Krieg.*" Später plädiert Max für Unterhandlungen mit dem Feind noch während des Krieges, damit beide Seiten die Ziele des anderen richtig verstehen, was ihnen helfen würde Ihre Kriegführung auf eine rationale Basis zu stellen, oder eine Verständigung zu suchen: "*Beim Feind Vertrauen zu erwecken*", sagt Max, "*... ist doch der einz'ge Weg zum Frieden: Denn hört der Krieg im Kriege nicht schon auf – Woher soll Friede kommen?*" Man kann, je nach der

besonderen Situation, mit diesem Rat einverstanden sein oder nicht, aber der Gedanke bezeugt ernstes Nachdenken über den Krieg als Zweck und Mittel.

Selbstverständlich sind solche Sentenzen von Schiller oder Goethe nicht der Ursprung dieses oder jenes Gedanken von Clausewitz – ich erwähne sie nur um zu erinnern, dass seine Umgebung, die Gesellschaft und Kultur seiner Zeit, ihm Wege und manchmal auch Ausdrucksformen zeigte, die er für seine Zwecke verwenden konnte – und die nur er als einziger dazu verwendete, eine überragende Synthese des Krieges zu errichten. In Ermangelung dokumentarischer Beweise einer direkten Übernahme, die jetzt kaum noch zu erwarten sind, sollte sich das Studium der Quellen und der Entwicklung seiner Gedanken weniger auf bestimmte Dokumente und mehr auf die Kultur seiner Zeit konzentrieren.

Ein bedeutender Teil der neueren Clausewitz-Forschung, besonders außerhalb Deutschlands, beschäftigt sich mit der Frage von Clausewitz' Einfluss auf die späteren Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Frage allgemein formuliert hat wenig Sinn – um welchen Teil seines Werkes handelt es sich? – und ich muss gestehen, dass ich sie nicht für produktiv halte. Gewiss hatte Clausewitz' Werk Einfluss auf Bildung und Denken preußischer Offiziere im 19. Jahrhundert, und mit anderen zusammenfassenden Werken bezeichnet *Vom Kriege* sicher eine Stufe in dem wachsenden beruflichen Charakter des Krieges. Es ist aber ebenso offensichtlich, dass Clausewitz' Ansichten wenig Einfluss auf die deutsche Strategie und Militärpolitik im 19. und 20. Jahrhundert ausübten. Die brüchige Koordination zwischen Politik, Generalstab und Oberste Heeresleitung 1914, und der politisch leichtfertige Überfall von Belgien, waren gerade die Art von Zuständen und Entschlüssen gegen die er warnte. Trotzdem proklamierte der Britische Schriftsteller Basil Liddell Hart, sich auf vereinzelte und überdies missverstandene Sätze berufend, Clausewitz als einen Propheten des Massenkrieges,

ein intellektueller Vorbote der Befehlshaber des ersten Weltkrieges, die in sturen Frontalangriffen hundert tausende schlachteten. 50 Jahre später wurde dieselbe Anklage – weiter vergrößert – von John Keegan wieder erhoben. Man kann eine Person für bestimmte Handlungen, Entschlüsse, und Befehle verantwortlich machen, auch – in einem allgemeineren – Sinn für die Unterstützung von langjährigen Entwicklungen der Industrialisierung, der Technologie, der Ideologie, die zu den Vernichtungskriegen des zweiten Weltkrieges führten, aber ohne ein definierbares und dokumentiertes Verhältnis können Ursache und Wirkung in der Geschichte nur als Legende bestehen. Und wenn wir den Lauf der Weltgeschichte seit Clausewitz' Tod verfolgen, müssten wir eigentlich zu dem Schluss kommen, dass manche seiner wichtigsten theoretischen Einsichten, darunter das Bedürfnis der engen Zusammenarbeit der politischen und militärischen Führung, und die Erkenntnis der politischen Natur des Krieges – und was dieser Gemeinplatz wirklich bedeutet – weiterhin auf Unverständnis treffen, und eben nicht den Einfluss gewonnen haben der ihnen zukommt.

In dem vielseitigen Werk *Vom Kriege*, ganz abgesehen von seinen anderen Schriften, versucht Clausewitz ein gesellschaftliches Phänomen zu verstehen, in einem Werk dessen Verhaltensmassregeln – soweit sie überhaupt existieren – mehr Beobachtung und Erklärung als Vorschrift darstellen. Ein Beispiel: wenn Clausewitz schreibt, die politische und militärische Führung sollte eng integriert sein, erklärt er welche Art der Integrierung er für die vorteilhafteste hält, aber sagt nichts über die Form der politischen Führung: Absolute oder konstitutionelle Monarchie, Republik, jede Form ist tragbar, solange sie die politisch-militärische Integration ermöglicht, die der Krieg als Instrument der Politik verlangt.

Wir wissen, Clausewitz verband objektives Schauen mit dialektischem Denken, und entwickelte eine Methode, die den wissenschaftlichen Problem des Krieges

im großen und kleinen gerecht wird, und die zudem die Gabe besitzt, dem Leser, der sein Verständnis nicht an Definitionen und Regeln fesselt, zu einem unabhängigen Urteil zu helfen. Ich sage unabhängig, denn wir müssen uns immer erinnern: Clausewitz' Methode über den Krieg zu denken kann zu verschiedenen Resultaten führen. Auch aus diesem Grund wäre zu behaupten, dass die Bedeutung von Clausewitz' Werk nicht hauptsächlich in seinen Definitionen, Sentenzen und präzisen Schlussfolgerungen liegt – so hoch ihr Wert auch ist – sondern in den Erkenntnissen die sie ausdrücken, vereint mit der Art und Weise in der er sie erreicht, formuliert und begründet. Anders als in den exakten Wissenschaften, ist eine grundlegende Erkenntnis in dem Studium der Handlungen der Menschen zu- und gegeneinander, zu denen der Krieg gehört, nicht eine unabhängige Wahrheit, die sich selbst genügt, sondern eine Formulierung deren Sinn von der geistigen Umwelt abhängt in der sie geschaffen wurde. Die Worte die die Erkenntnis ausdrücken, sind nur im Zusammenhang mit Clausewitz' Denken zu verstehen.

Ich schließe mit dem Versuch, diese Behauptung kurz zu begründen. Nehmen wir als Beispiel den Satz: "*Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln*". Das ist eine bedeutende Erkenntnis – zugleich aber auch ein Gemeinplatz. Denn wer weiß nicht, dass politische Erwägungen und Entscheidungen einen Krieg auslösen, und dass ein Krieg politische Ziele verfolgt? Worin liegt also die Bedeutung des Satzes? Was bringt er neues? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir Clausewitz' Denken weiter verfolgen. In *Vom Kriege* bemüht er sich zu zeigen, dass Krieg und Politik, Krieg und Frieden nicht absolut zu trennen sind. Die Politik hört nicht auf, wenn der Kampf beginnt. Beide beeinflussen sich, wenn auch der Einfluss von verschiedener Art und von verschiedener Bedeutung sein kann. Die Wechselwirkung existiert auf allen Ebenen der politischen und militärischen Handlung, nicht nur auf der höchsten. Eine

Einheit erschießt Gefangene, und löst eine propagandistische, emotionelle, politische Reaktion aus, die den Widerstand stärkt und die Haltung der eigenen Truppe schwächt. Das heißt: Wenn eine erfolgreiche Kampfhandlung zu negativen politischen Kosten führen könnte, wäre zu entscheiden, ob sich dieser Erfolg lohnen würde. Der Satz "*Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung...*" verlangt also oft ein kompliziertes, schwieriges Umdenken – im Kleinen wie im Großen. Die Bedeutung eines solchen Satzes enthält sowohl etwas Endgültiges wie auch zahllose Möglichkeiten. Was Clausewitz mit diesem Satz und ähnlichen Sätzen sagen wollte, kann nur durch weitere Erwägungen seiner Gedanken und eigenes Weiterdenken erreicht und erkannt werden.

Prof. Dr. Peter Paret

Professor Dr. Peter Paret war Professor Emeritus für Modern European History an der School for Historian Studies am Princeton Institute for Advanced Studies, Princeton, USA. Dieser Beitrag erschien anlässlich seines Vortrags vor der Politisch-Militärischen Gesellschaft am 18. Dezember 2007 in Berlin in den Denkwürdigkeiten Nr. 43, Februar 2008. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Nach 30 Jahren: *New World Order* als strategisches Programm & politische Wirklichkeit

Bereits vor vier Jahren spiegelte die US-Präsidentenwahl 2016 eine in den USA weit verbreitete Krisenstimmung. Sie erreichte 2020 in Zeiten der Pandemie, bürgerkriegsähnlicher Unruhen und weltpolitischer Hilflosigkeit einen Tiefpunkt. Doch die tatsächliche Fallhöhe amerikanischer Politik wird erst dann erkennbar, wenn die Betrachtung einen längeren Zeitraum erfasst und am 11. September 1990 beginnt. An diesem Tag verkündete George W.H. Bush vor dem US-Kongress den Beginn der neuen Weltordnung.

Anspruch auf Hegemonie

Der 41. Präsident der USA wählte als Repräsentant der alten patrizischen Führungsschicht seine Worte mit Bedacht. Er wusste, dass das Motto *novus ordo seclorum* nicht nur das Staatssiegel und jede Ein-Dollar-Note ziert, sondern in Vergils 4. Ekloge den Beginn eines friedlichen Zeitalters unter der Herrschaft Roms prophezeit. Bushs Rede war aber auch eine Kriegserklärung.

Am 6. August 1990 hatte der irakische Diktator Saddam Hussein das ölfreiche Kuwait in der irrigen Annahme besetzt, die USA würden, nachdem sie seinen verlustreichen Krieg gegen den Iran unterstützt hatten, die Annexion hinnehmen. Doch Bush und seine Berater dachten nicht daran, das völkerrechtswidrige Verhalten eines orientalischen Despoten zu akzeptieren. Sie wollten nach dem Ende des Kalten Krieges die Welt in klassischer Weise ordnen: *Parcere subiectis et debellare superbos!* Die amerikanischen Streitkräfte, nach ihrer Niederlage in Vietnam als Berufarmee reorganisiert, vertrieben Anfang 1991 in einem kurzen Wüstenfeldzug die Iraker aus Kuwait.

Die Siegesparade durch Manhattan führte der Welt die neue Ordnung vor Augen. Während Moskaus Herrschaftsbereich auf die Russische Föderation schrumpfte und das Potential Chinas sich nur zögernd entfaltete, konzentrierte sich die Macht der globalen Hegemonie innerhalb des Washington Beltway, in der Wall Street und im Silicon Valley.

Dazu lieferte der junge US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama dem internationalen Diskurs ein attraktives Stichwort: *End of History*. Unter Berufung auf Hegel und Marx folgerte er, die Dialektik von Verfalls- und Fortschrittsdenken habe ihre Synthese im Ewigkeitsdenken gefunden. Die liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung amerikanischer Prägung habe sich auf Dauer durchgesetzt. Der dynamischen Wirklichkeit hielt Fukuyamas Konstruktion nicht stand.

Glänzende Jahre

Am 14. Dezember 1995 unterschrieben die Präsidenten Kroatiens, Serbiens und Bosnien-Herzegowinas in der französischen Hauptstadt den „Vertrag von Paris“. US-Präsident Bill Clinton stand als Zeuge in der zweiten Reihe. Doch die Inszenierung täuschte. Der Vertrag war nichts anderes als das Abkommen von Dayton, das am 1. November 1995 auf einer US-Luftwaffenbasis in Ohio paraphiert worden war: Das Kriegsende in Bosnien hatten die USA erzwungen. *To End a War* überschrieb der amerikanische Chefunterhändler Richard Holbrook seine Erinnerungen.

Holbrook war 1992 im Umkreis Bill Clintons und seiner ambitionierten Frau ins Washingtoner Machtzentrum gelangt. Hillary Rodham Clinton, die *First Lady*, spätere Senatorin des Bundesstaats New York und Außenministerin unter Präsident Barack Obama wurde zu einem Fixpunkt amerikanischer Politik. Ihr Aufstieg zur eigenen Präsidentschaft scheiterte erst 2016 an Donald Trump.

Unter den Clintons prosperierte die US-Wirtschaft, die NATO begann, ihren Vertragsbereich bis in die Nähe St. Petersburgs auszuweiten. Gleichzeitig wurde die ostasiatische Wirtschaftskonkurrenz während der Asienkrise 1997 geschwächt. Nichts schien die Vorherrschaft der USA zu gefährden. In solchen Zeiten sind Konflikte außerhalb der eigenen Grenzen lediglich Episoden am Rande.

Gerechter Krieg

Das galt auch für den Krieg, den die NATO 1999 gegen Serbien führte. An ihm nahmen erstmals seit 1945 Deutsche als Kombattanten teil. Es war kein Verteidigungskrieg nach Artikel 5 des NATO-Vertrages, auch ein Mandat der Vereinten Nationen lag nicht vor. Dennoch gab es einen Grund für die Aktion unter US-Führung. Es ging darum, die albanische Bevölkerung des Kosovo vor Massakern serbischer Truppen unter Slobodan Milosevic zu schützen.

In der Folgezeit versuchten die USA, weitere Interventionen mit einem naturrechtlich abgeleiteten *right to protect* zu begründen. Außenministerin Clinton bezeichnete sogar die Durchsetzung von Frauenrechten als Frage der nationalen Sicherheit. Aber im Lichte der US-Interventionen im Irak und in Libyen verlor die *Hillary Doctrine* rasch ihre Überzeugungskraft.

Gegen die NATO-Intervention im Kosovo regte sich in Moskau und Peking erstmals erkennbarer Widerstand. Zwar gelang es nach schwierigen Verhandlungen, den Konflikt im Juni 1999 mit der Sicherheitsratsresolution 1244 diplomatisch beizulegen. Aber der ausgehandelte Kompromiss führte zu keiner dauerhaften Friedensregelung. Als im Februar 2008 das Parlament des Kosovo die Unabhängigkeit des Territoriums erklärte, lehnten Russland und China sowie ein Drittel der Staatengemeinschaft die völkerrechtliche Anerkennung ab. Nach 1999 konnte von einer normativ begründeten neuen Weltordnung nur noch bedingt die Rede sein.

Zerfallende Staaten

Nicht nur in Europa hatte sich die Pandorabüchse staatlichen Zerfalls geöffnet. Am Horn von Afrika, im Kaukasus, in Afghanistan, in Zentralasien, im Sudan und in der afrikanischen Region der Großen Seen entstanden im Verlauf ethnischer und religiöser Konflikte ordnungslose Räume, in denen Massenmorde begangen und Fluchtbewegungen ausgelöst wurden.

Politisch und akademisch gewann ein neues Thema Aufmerksamkeit: Staatszerfall. Es ging um *failed states*, *falling states* und *fragile states*. Welche Kriterien sollten für ihre Kategorisierung maßgebend sein? Noch dachte kaum jemand daran, diese Frage mit Blick auf die USA ernsthaft zu behandeln, denn für dystopische Szenarien waren die Drehbuchautoren Hollywoods zuständig.

Doch wies der Historiker Jack A. Goldstone schon 1991 in seinem Werk *Revolution and Rebellion in the Early Modern World* darauf hin, dass den USA ein Zerfall staatlicher Autorität drohen könne.

Ausgehend von einem Vergleich gesellschaftlicher Entwicklungen in England, Frankreich, dem Osmanischen Reich und China zwischen 1600 und 1850 warnte er vor dem Gefühl falscher Sicherheit, dem sich die weißen *baby boomer* hingaben.

Wachsender Wohlstand bei sinkender Geburtenrate, die zunehmende Einschränkung gesellschaftlicher Mobilität als Folge eines schwachen öffentlichen Bildungssystems und hoher Schul- und Studiengebühren privater Träger, die relative Absenkung des Lohnniveaus gegenüber anderen Einkommen und die Umverteilung der Vermögen von unten nach oben mussten nach Goldstones Analyse in Laufe einer Generation zur gesellschaftlichen Polarisierung und zum Aufstieg populistischer Bewegungen führen.

Doch vermag es selbst eine fundierte wissenschaftliche Trendprognose nicht, disruptive Ereignisse und die Entscheidungen politischer Akteure vorherzusagen. Das gilt auch für die amerikanische Verfassungswirklichkeit. Ihre *checks and balances* ermöglichen zwar in Friedenszeiten einen berechenbaren politischen Prozess, in Kriegszeiten aber besitzt der Präsident als Oberkommandierender der Streitkräfte imperatorische Macht.

Achse des Bösen

Auf den Tag genau 11 Jahre nach Ankündigung der neuen Weltordnung zerstörte ein terroristischer Großanschlag am 11. September 2001 das Welthandelszentrum in New York. Zur selben Zeit wurden Teile des Pentagons in Washington schwer zerstört. 3000 Tote waren zu beklagen.

Wenige Tage später erklärte Präsident George W. Bush, der auf seinen Vater und Bill Clinton gefolgt war, den *Global War on Terror*. Der Krieg sollte, so der Präsident, kein Ende finden „bis nicht jede Gruppe von Terroristen, die weltweit agieren kann, gefunden, gestoppt und besiegt wurde.“ Mit amerikanischer Hilfe stürzte die afghanische Nordallianz das Taliban-Regime, das den Terroristen am Hindukusch Unterschlupf ge-

währt hatte. Der Anführer der al Qaida, Osama ben Laden, und die Führung der Taliban setzten sich nach Pakistan ab.

Am 29. Januar 2002 identifizierte Bush der Jüngere in seiner Rede zur Lage der Nation den Irak, den Iran und Nordkorea als Hauptfeinde der USA, als „Achse des Bösen“. Dabei kam kein einziger der an den Anschlägen Beteiligten aus diesen Ländern, auch befand sich kein einziger Afghane unter den Attentätern. Das Taliban-Regime war von Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Pakistan, also traditionellen Verbündeten der USA, diplomatisch anerkannt und unterstützt worden. Die Familie ben Laden unterhielt beste Beziehungen zum saudischen Königshaus und zu den Spitzen der US-Gesellschaft.

Der außenpolitische Beraterkreis um Bush den Jüngeren, der nach einer juristisch umstrittenen Wahl ins Amt gelangt war, unterschied sich deutlich von dem seines Vaters, in dem noch Vertreter der traditionellen amerikanischen Führungsschicht dominierten. Um den Sohn gruppierten sich von Vizepräsident Dick Cheney ausgewählte Angehörige politischer Zirkel wie des *Project for a New American Century* oder des *American Enterprise Institute*, in dessen Washingtoner Hauptquartier bereits kurz nach dem 11. September neokonservative Wortführer wie Richard Perle und John Bolton zum Krieg gegen Saddam Hussein aufriefen. Angesehene Persönlichkeiten wie der frühere Generalstabschef Colin Powell wurden in ihren Dienst gestellt.

Scheiternde Interventionen, neuer Konkurrent

Am 11. Oktober 2002 sprach sich der US-Kongress mit großer Mehrheit für eine militärische Intervention im Irak aus. Auch Hillary Clinton, die einflussreiche Senatorin des Bundesstaats New York, stimmte für den Krieg. Deutschland, das nach dem 11. September 2001 den USA seine uneingeschränkte Unterstützung zugesagt hatte, votierte jetzt im Sicherheitsrat ebenso wie Frankreich gegen den amerikanischen Angriffskrieg.

Es gab für ihn keine überzeugende Begründung und kein Mandat der Vereinten Nationen.

Im Rückblick erscheint das Frühjahr 2003 als Höhe- und Wendepunkt amerikanischer Macht. Nach einem kurzen, siegreichen Feldzug etablierten die USA in Bagdad eine amerikanische Besatzungsbehörde. Am 1. Mai 2003 erklärte George W. Bush die Mission für beendet. Doch zwei Tage zuvor hatte in Falludscha der sunnitische Aufstand begonnen. Die USA brachten die Lage nicht mehr unter Kontrolle. Spätestens nach der Sommeroffensive der Taliban 2006 bestimmten die USA und ihre Verbündeten auch in Afghanistan nicht mehr das Gesetz des Handelns. Schließlich demonstrierte Moskau im August 2008 während des kurzen Krieges in Georgien seine eurasische Großmachtstellung.

Allerdings wäre es verfehlt, den in diesen Jahren beginnenden Niedergang amerikanischer Macht nur auf die gescheiterten Interventionen im Vorderen Orient zurückzuführen; denn parallel dazu begann eine zweite, langfristig wirkende Entwicklung: In diesen Jahren entfaltete China weltweit sein ökonomisches Potential. Erst nach einiger Zeit wurde Pekings Strategie unterhalb der Schwelle militärischer Konfrontation erkannt. Mittels gewaltfreier Durchdringung der Weltmärkte und der ökonomischen Kontrolle geostrategisch relevanter Positionen zielte Peking auf Amerikas globale Vorherrschaft. Diese Herausforderung war für die USA, ihre veraltete industrielle Infrastruktur und ihr leistungsschwaches öffentliches Bildungssystem gefährlicher als eine militärische oder terroristische Bedrohung. Im Rückblick erweist sich die Zustimmung des US-Kongresses zur Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation WTO am 11. Dezember 2001 als mindestens ebenso folgenreich wie die verfehlt Strategie des *Global War on Terror*.

Imperiale Überdehnung und ihr Preis

Immer deutlicher zeichnete sich jene imperiale Überdehnung ab, vor der Paul Kennedy 1987 in sei-

ner viel beachteten Studie über den Aufstieg und Fall großer Mächte warnte. Die USA verwickelten sich nicht nur in militärische, sondern auch in religiöse und kulturelle Konfliktzonen, die Samuel Huntington bereits 1996 in *Clash of Civilizations* beschrieb. Nach 2001 standen amerikanische Truppen dschihadistischen Kämpfern gegenüber und US-Unternehmen mussten sich mit den gut ausgebildeten und ehrgeizigen Absolventen des konfuzianisch ausgerichteten chinesischen Bildungssystems messen.

Am 15. September 2008, fast auf den Tag genau sieben Jahre nach dem terroristischen Großangriff der al Qaida, brach die amerikanische Großbank Lehmann Brothers zusammen. Der Krieg gegen den Terror hatte bis dahin nach offiziellen US-Angaben rund 686 Milliarden Dollar gekostet. Den Löwenanteil verschlang mit 532 Milliarden der Krieg im Irak. Er wurde nicht mit Steuererhöhungen finanziert. Im Gegenteil wurden die Steuern für Unternehmen und Spitzenverdiener unter Bush dem Jüngeren sogar gesenkt. Deshalb hielt die US-Zentralbank zur Kriegsfinanzierung trotz eines positiven Konjunkturverlaufs 2002 und 2003 an einem historisch niedrigen Zinssatz fest. Er führte zu einem Aktien- und Immobilienboom.

Im September 2008 platzte die Blase. Das Ende von Lehmann Brothers führte zur internationalen Finanzkrise und zum Zusammenbruch des US-Immobilienmarkts. Die materielle Basis der amerikanischen Mittelschicht wurde dadurch ebenso getroffen wie durch den Verlust qualifizierter Industriearbeitsplätze im Verlauf des immer härter werdenden globalen Wettbewerbs. Am Ende seiner Amtszeit hinterließ Bush der Jüngere seinem Nachfolger zwei gescheiterte Interventionen, eine darnieder liegende Volkswirtschaft und eine erschöpfte Gesellschaft.

Neubeginn mit sanfter Macht

Barack Hussein Obama, Sohn eines kenianischen Austauschstudenten und einer Weißen, verkörperte einen Neuanfang. Nachdem der *Global War on Terror* nicht nur den US-Haushalt, sondern auch

die Beziehungen zur arabischen und islamischen Welt schwer belastet hatte, versuchte der elegante und überzeugende Redner diese Bürde abzuwerfen.

Obamas Ansprache in der Universität Kairo am 4. Juni 2009 war eine rhetorische Meisterleistung. Der Präsident begann mit dem Friedensgruß in arabischer Sprache, zitierte ausgewählte Passagen des Koran und versprach der arabischen Jugend, sie in ihrem Kampf für Demokratie und Menschenrechte zu unterstützen.

Schon Edward Gibbon hatte in *Decline and Fall of the Roman Empire* bemerkt, es sei klüger, Massen zu überreden als sie zu zwingen. Das wusste auch Joseph Nye, der einflussreiche strategische Denker im Umfeld der demokratischen Parteioligarchie. Als Professor hatte er sich in Harvard mit Grundsatzfragen amerikanischer Machtprojektion befasst, bevor ihn Präsident Clinton 1993 zum Koordinator der Nachrichtendienste und anschließend zum stellvertretenden Verteidigungsminister machte.

Nye forderte ein konsequentes Kosten-Nutzen-Kalkül und die kluge Kombination zivilgesellschaftlicher, nachrichtendienstlicher und militärischer Mittel. In seinem 2004 veröffentlichten Buch *Soft Power* regte er an, zur Sicherung der amerikanischen Hegemonie verstärkt auf kulturelle, technologische und mediale Einwirkungsmöglichkeiten zu setzen. Bei diesem von Obama und seinen Beratern aufgegriffenen Ansatz handelte es sich um die pragmatische Variante der von Antonio Gramsci entworfenen marxistischen Strategie, die den internationalen Klassenkampf als globale Auseinandersetzung um die kulturelle Hegemonie will.

Enttäuschte Erwartungen

Im Rückblick entbehrt Obamas Präsidentschaft nicht der Tragik. Mit messianischen Hoffnungen überfrachtet, erhielt der charismatische Präsident bereits 2009 den Friedensnobelpreis. Am Ende aber war seine Gesamtbilanz ernüchternd.

Die Lage im vorderasiatisch-nordafrikanischen Raum verschlechterte sich dramatisch. Der Präsident hatte mit seiner Kairoer Rede dem „Arabischen Frühling“ 2011 starke Impulse gegeben. Aber von Tunesien abgesehen folgten auf die Rebellion keine friedlichen Veränderungen, sondern die Bürgerkriege in Syrien, Libyen und Jemen. Und obwohl 2011 der Begriff *Global War on Terror* aus dem offiziellen Sprachschatz der USA verschwand, folgten nun offene oder verdeckte Interventionen für Demokratie und Menschenrechte. Den Tod des libyschen Diktators Ghaddafi kommentierte Außenministerin Clinton mit der Caesar-Paraphrase: „We came, we won, he died!“ Nahezu zeitgleich töteten US-Spezialkräfte Osama ben Laden in Pakistan. Doch dann verlegte die dschihadistische Bewegung ihre Aktivitäten in die Sahelzone und in westliche Metropolen. Durch das zerfallene Libyen strömten Flüchtlinge zum Mittelmeer und in Paris starben die Redakteure von *Charlie Hebdo*.

Der syrische Bürgerkrieg und der amerikanische Rückzug aus dem Irak ermöglichten die Offensive des Islamischen Staats. Millionen flohen, viele führte ihr Weg 2015 nach Deutschland. Und was 2011 auf dem Tahrir-Platz in Kairo begann, setzte sich auf dem Maidan in Kiew fort: Eine Volksbewegung stürzte Präsident Janukowitsch im Februar 2014. Moskau antwortete mit der Annexion der Krim und der Unterstützung ethnisch-russischer Separatisten in der Ostukraine. Immerhin versuchte Hillary Clintons Nachfolger John Kerry, dem Iran die Option nuklearer Aufrüstung durch ein striktes Kontrollregime auf nichtmilitärischem Wege und im Einvernehmen mit Moskau, Peking und der Europäischen Union zu verbauen. Aber der nächste Präsident kündigte das Abkommen auf.

Auch die ökonomische und soziale Krise im eigenen Land konnte Obama nicht bewältigen. Zwar gelang es ihm, mit einem Kraftakt Millionen von Amerikanern den Zugang zu einer gesetzlichen Krankenversicherung zu öffnen. Aber *Obamacare* erwies sich nicht

als der erhoffte gesellschaftliche Integrationsfaktor, sondern radikalisierte die politische Rechte. Sie bekämpfte das Projekt erbittert, nachdem die Krise des Jahres 2008/09 die Verarmung außerhalb der Wachstumsregionen, den Niedergang des öffentlichen Schulsystems in den urbanen Zentren und die Schwächung der weißen Mittelschicht beschleunigt hatte. Das erschütterte Vertrauen in die Politik der Zentralregierung konnte Obama nicht wiedergewinnen. Im Spätherbst 2014 entlud sich die Enttäuschung der afro-amerikanischen Unterschicht in ersten schweren Unruhen.

Prognosen der Krise

Erstaunlich früh war vor der gesellschaftlichen Polarisierung und dem Aufstieg populistischer Bewegungen gewarnt worden. Als 2016, 25 Jahre nach der Erstaufgabe, eine aktualisierte Jubiläumsausgabe von Goldstones *Revolution and Rebellion* erschien, wählten die USA Donald Trump zum Präsidenten und die Briten stimmten für den Brexit. Goldstones methodische Verbindung historisch-politischer Betrachtung mit datengestützter Gesellschaftsanalyse bildete seit 2000 die Grundlage des *Fragile States Index*. Nun verschlechterte sich das *Ranking* der USA von Jahr zu Jahr.

Detailstudien von Peter Turchin und Andrei Korotajew bestätigten den Befund. Beide Wissenschaftler stammen aus der von Nikolai Kondratiew begründeten russischen Schule der ökonomischen Langzeitforschung. Durch die mathematische Modellierung historisch-politischer Trends verfeinerten sie unter der Bezeichnung *Cliodynamics* Goldstones Ansatz. Korotajew, Direktor des Instituts für Orientstudien der Russischen Akademie der Wissenschaften, beschrieb mit verblüffender Genauigkeit die überregionalen Folgen der Rebellion in der arabischen Welt und ihre Destabilisierungsrisiken. Turchin analysierte die US-Finanz- und Immobilienkrise und veröffentlichte im Februar 2010 eine Studie, die ihre Wirkungen mit den Krisenindikatoren des Jahrzehnts vor dem amerikanischen Bürgerkrieg verglich. Er prognostizierte eine Eskalation gesellschaftlicher Kon-

flikte und ihren vorläufigen Höhepunkt im Jahre 2020.

Größer als je zuvor?

Am 1. Juni 2020 überquerte Donald Trump den Lafayette Square vor dem Weißen Haus. Zuvor hatten Polizei und Nationalgarde den Platz mit Tränengas von Demonstranten geräumt. Vor der mit Brettern verbarrikadierten St. John's Church, der Traditionskirche des Washingtoner Establishments, versprach der Präsident mit erhobener Bibel: „*We will be greater than ever before!*“

Die Szene erinnerte an Bilder aus Minsk, Kiew, Hongkong oder Kairo. Ebenso wie beim arabischen Frühling hatte ein Ereignis fernab der Hauptstadt die Rebellion ausgelöst. Am 25. Mai 2020 war in Minneapolis ein Afroamerikaner bei einem Polizeieinsatz zu Tode gekommen. Videoaufnahmen sorgten für Empörung. Landesweite Demonstrationen, Ausschreitungen, Plünderungen, der Sturz von Denkmälern und weitere Todesopfer folgten.

Schon in seiner Inaugurationsrede am 20. Januar 2016 hatte Trump ein düsteres Bild der Lage gezeichnet und angekündigt, die USA entlang dreier Leitlinien zu neuer Größe zu führen: ökonomischer Nationalismus, politischer Unilateralismus und Zerstörung des Verwaltungsstaates. Aber weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene konnte Trump die Situation verbessern. Auf eine Erholung der US-Binnenwirtschaft in den Jahren 2017 bis 2019 folgte während der Covid-19 Pandemie 2020 ein offenkundiges Versagen staatlichen Handelns. Die ökonomischen und sozialen Langzeitfolgen sind noch nicht absehbar, doch wurden die Zukunftshoffnungen der zwischen 1980 und 1995 geborenen *Millennials* nach der Finanzkrise 2008/09 zum zweiten Mal erschüttert.

Weltweit beschleunigte sich der Autoritätsverfall der USA. Das Land zog sich aus internationalen Vereinbarungen zurück, Richter des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag wurden mit Sanktionen belegt. Die persönlich betriebene Politik des Präsidenten gegenüber Nordkorea scheiterte.

Das Land, offiziell im Kriegszustand mit den USA, verfügt heute nicht nur über Nuklearwaffen, sondern vermutlich auch über eine Handvoll Interkontinentalraketen, die die Westküste der USA bedrohen.

Schließlich führte der Rückzug aus dem Nuklearabkommen mit Iran zu einer präzedenzlosen Isolierung der USA. Nur die Dominikanische Republik unterstützte am 20. August 2020 im Sicherheitsrat den Versuch, die Sanktionen gegen Iran zu verschärfen. Selbst das Vereinigte Königreich, der treueste Verbündete Washingtons, versagte die Gefolgschaft.

Kritische Perspektiven

Der Verlauf des Wahljahres 2020 spiegelt noch deutlicher als das Jahr 2016 die Fragmentierung der US-Gesellschaft. Eine von den USA geführte Ordnung der Welt, wie sie Bush der Ältere 1990 verkündete, ist nur noch eine ferne Erinnerung. Die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in den USA werden ebenso wenig verschwinden wie die weltweite chinesische Konkurrenz. 2021, 100 Jahre nach Gründung seiner Kommunistischen Partei, steigt China zur stärksten Macht der eurasisch-afrikanischen Landmasse auf. 2049, 100 Jahre nach Ausrufung der Volksrepublik, soll das Reich der Mitte nach dem Willen seiner Führung wieder im Zentrum der Weltpolitik stehen. Trotz ihres Hegemonieverlusts werden die USA zumindest noch im nächsten Jahrzehnt die stärkste Macht der Erde bleiben. Die Frage, ob ihre Entscheidungsträger dieses Potential angesichts globaler Umverteilungskämpfe und innenpolitischer Rebellion verantwortungsbewusst zu nutzen wissen, wird die Zukunft beantworten. Für die Zeit nach den US-Präsidentenschaftswahlen 2020 zeichnet sich jedenfalls schon heute eine Konstellation ab, die eine Fortsetzung der weltweiten Verunsicherung, ja sogar eine systemische Erschütterung möglich macht.

Dr. Hans-Ulrich Seidt

Dr. Hans-Ulrich Seidt, Botschafter a.D., ist Stellvertretender Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Drone-Era Warfare Shows the Operational Limits of Air Defense Systems

While most countries struggle with the COVID-19 pandemic, the civil wars in Syria and Libya have become battlegrounds for foreign states backing different local sides. External powers have intervened in both civil wars supplying advanced conventional weapons that have intensified the conflicts, but not all the weapons have performed as claimed. Perhaps the most startling example of this is how ineffective modern Russian air defense systems have been at countering drones and low-flying missiles. In the face-off between expensive air defensive systems and lower cost offensive drones and low-flying missiles, the offense is winning.

In recent weeks, drones supplied by Turkey (PDF) in support of the internationally recognized Government of National Accord have reportedly destroyed the Russian Pantsir short-range air defense systems (SHORADS) that the opposition Libyan National Army (LNA) used to protect their forces. The inability of the LNA to protect their forces has turned the tide of the conflict and is a reminder of how difficult effective air defense is in an era of comparatively inexpensive armed drones and precision guided low-flying cruise missiles.

The LNA is not alone in having difficulty employing air defense systems effectively. The Syrian regime is protected by several Russian-origin air defense systems, including the S-300, S-400 High Altitude Air Defense Systems (HIMADS), Buk-M1 medium-range surface-to-air missile (SAM) systems, and Pantsir SHORADS. The Israeli Air Force has regularly defeated these systems through the combined use of electronic warfare, anti-radiation missiles, and stand-off precision guided munitions. Many of the tactics, techniques, and procedures used to defeat

SHORADS in Libya were tested during the Turkish military's brief 2020 winter campaign in Idlib Province during which Turkey destroyed Pantsir SHORAD and Buk-M1 medium-range SAM systems operated by the Assad Regime. Some of the destroyed Syrian and Libyan Pantsir systems appeared to be operational in the field, while others were being moved on flatbed trailers or hiding under sheds at the time they were knocked out. This shows how good intelligence aiding offensive attackers can easily neutralize defensive systems.

Not all of these systems were defeated due to inherent technical shortcomings. The tactical and strategic situation in which these air defense systems are employed also affects their performance. For example, as part of a United States government foreign assistance-funded project, RAND has examined open source reporting that highlights how Syrian personnel operating newly-acquired advanced Russian air defense systems lack the training time that is needed to effectively operate these complex systems. The repeated success of forces using drones and low-flying missiles to destroy or suppress multiple air defense systems on the battlefield is a cautionary note about the effectiveness of these systems against modern air threats. In both Libya and Syria, lower cost offensive drones and low-flying missiles have bedeviled more expensive, complex, and difficult to operate air defense systems.

Even well-equipped countries like Saudi Arabia know from the drone and missile strikes on its oil facilities during the late summer of 2019 by Houthi rebels or Iranian operatives that effective air defense against armed drones or low-flying missiles is very difficult. Similarly, as Iran knows from its own tragic misfires of its Russian-supplied Tor air defense system that shot down a Ukrainian passenger airliner, operating sophisticated precision guided missile systems requires extensive training, and even then tragic errors can occur.

Russian defense company and government officials have marketed their advanced HIMADS and SHORADS as highly effective against aerial threats. However, as the recent fighting in Libya and Syria has demonstrated, the acquisition and operation of a modern integrated air defense system is a challenging military enterprise. Even technically, effective weapons can and have been defeated. Unfortunately for the air defenders around the world, an offensive attacker has a wide range of electronic and kinetic weapon options to degrade if not defeat that air defense. National decisionmakers would be wise to carefully weigh offense and defense trade-offs to meet their security needs before spending national treasure on expensive and complicated systems that are hard to operate and do not always work as advertised in the field.

John V. Parachini & Peter A. Wilson

John Parachini is a senior international defense researcher and Peter Wilson is an adjunct international defense researcher at the nonprofit, nonpartisan RAND Corporation.

This commentary originally appeared on RealClearDefense on July 2, 2020. Commentary gives RAND researchers a platform to convey insights based on their professional expertise and often on their peer-reviewed research and analysis.

<https://www.rand.org/blog/2020/07/drone-era-warfare-shows-the-operational-limits-of-air.html>

Opinions expressed in this contribution are those of the authors.

THEMEN

Putins Belarus Optionen

HINTERGRUND

Machtpolitisch

Wladimir Putin wäre wahrscheinlich für die Zeit nach dem Ablauf seiner aktuellen Amtszeit 2024 gern Präsident des Unionsstaates Belarus-Russland geworden, der 1997 vom damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin und seinem belarussischen Kollegen Aljaksandr Lukaschenka in Moskau gegründet worden war. Jelzin wollte damit der innerrussischen Kritik entgegenwirken, dass er der

Hauptzerstörer der Sowjetunion war. Dieser Unionsstaat besteht bisher weitgehend nur aus formalen gemeinsamen staatlichen Organen (höchster Staatsrat, nicht gewählte parlamentarische Versammlung, gemeinsamer Ministerrat), deren Vorsitz jeweils jährlich zwischen beiden Ländern wechselt. Putin wollte den Vertrag stärker umsetzen. Bereits 2002 lehnte Lukaschenka eine intensivere Union seines Landes mit Russland ab, denn er befürchtete – wohl zu Recht –, dass dann Belarus praktisch zu einem Oblast (administrative Gebietseinheit) Russlands werden würde. Die Größenverhältnisse von Belarus (BY) zu Russland (RF) sind folgende: Größe BY:RF 1:85, Einwohner BY:RF 1:14 (ein Zehntel der rund zehn Millionen Einwohner von Belarus sind ethnische Russen, rund 650.000 Belarusen leben zeitweilig in Russland), Bruttoinlandsprodukt (BIP) BY:RF 1:10, doch das BIP pro Kopf ist etwa gleich hoch. Da Putin ab 2024 nicht Präsident des Unionsstaats werden konnte, sah er sich alternativ zur Sicherung seiner Machtperspektive offensichtlich gezwungen, die jüngste umständliche Verfassungsänderung vorzunehmen (vgl. meine April-Kolumne1).

Wirtschaftlich

Beide Länder vereinbarten ein geringes länderübergreifendes Budget, und russische Zollbeamte kontrollieren im Rahmen des Zollabkommens die belarussische Grenze zu den EU-Ländern Polen, Litauen und Lettland. Das belarussische Pipelinennetz „Transgaz Belarus“ ist im Besetz der russischen halbstaatlichen Gasgesellschaft GAZPROM. Ab 2012 bekommt Belarus wieder russisches Gas zum Vorzugspreis. Noch immer gibt es keine gemeinsame Währung, weil Russland als dessen Emissionszentrum Moskau will, Belarus nicht. Zum 8. Dezember 2019 sollte ein gemeinsames Steuersystem eingeführt werden, was bisher nicht geschehen ist. Die russische Regierungszeitung Rossijskaja gaseta berichtete am 19. August 2020, dass über 2.000 wirtschaftliche Organisationen in Belarus mit russischem Kapital arbeiteten.2 Es

gebe in Belarus 1.300 Joint Ventures mit russischen Firmen, in Russland nur 50 gemeinsame Firmen. 10 % des belarussischen BIP bestehe aus russischen Subventionen. Bei einer Abspaltung von Belarus würde das Land sofort ein Viertel seines gesamten BIP verlieren.

Militärisch

Russland überwacht den Luftraum von Belarus. Die belarussische Luftabwehr untersteht der russischen Luftabwehr. Beide Luftstreitkräfte haben ein gemeinsames Oberkommando. In Belarus gibt es zwei russische Militärstützpunkte: ein Frühwarnradar gegen Raketenangriffe und eine Kommunikationsstation für die Kriegsmarine, deren Pachtvertrag 2021 abläuft und neu verhandelt werden muss.

Außenpolitische Differenzen

Belarus anerkannte die beiden von Russland als Ergebnis des Georgienkrieges 2008 von Georgien separierten Provinzen Abchasien und Süd-Ossetien nicht als Staaten. Im Jahr 2009 trat Belarus der Östlichen Partnerschaft bei, dem Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik, von er sich Russland ausgeschlossen fühlt. Lukaschenka nahm am 7. Juni 2014 an der feierlichen Vereidigung des nach der Krim-Annexion gewählten neuen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko im ukrainischen Parlament, der Werchowna Rada, teil.

OPTIONEN

Der Direktor der Denkfabrik Carnegie Moskau Dmitrij Trenin, bis 1993 Armeeoberst und von 1985 bis 1991 Mitglied der sowjetischen Delegation bei den Abrüstungsgesprächen mit den USA in Genf, analysierte am 20. August 2020 in der Zeitung „Moscow News“, welche Optionen der russische Präsident Wladimir Putin im Fall Belarus hat.3 Die jüngste Entwicklung in Belarus ist für Trenin durch folgende Besonderheiten gekennzeichnet:

1. Die Verhaftung von 33 Soldaten der russischen Privatarmee „Wagner-Gruppe“ in Minsk am 29.

Juli 2020 durch den belarussischen KGB (hat den alten Namen behalten), die beschuldigt wurden, bei der Präsidentenwahl gegen Lukaschenka aktiv werden zu wollen (es durfte vom 4. bis zum 9. August 2020 abgestimmt werden). „Der Kreml sah dies verwirrt als den Versuch des belarussischen Herrschers an, die Zustimmung des Westens für seine Wiederwahl auf einem souveränen anti-russischen Ticket zu gewinnen.“

2. Die Beharrlichkeit der Demonstranten, die mit ihrem wütenden Protest gegen die Fälschung der Präsidentenwahl nicht aufgeben, trotz ihrer massenweisen Verhaftung und brutaler Misshandlungen durch die Polizei auf den Straßen und Plätzen sowie in den Gefängnissen.

3. Der Protest erstreckt sich nicht nur auf die europäisch orientierten Städte, sondern auf das ganze Land, und er wird auch von älteren Menschen getragen, die vorher wahrscheinlich noch Lukaschenka gewählt hatten.

Hätte Lukaschenka die Wahl ohne Wahlfälschung durchführen lassen, hätte er möglicherweise die Präsidentenwahl sogar schon im ersten Wahlgang gewonnen, aber mit einem geringeren Ergebnis als die erklärten 80 %. Trenin zieht die Schlussfolgerung, dass das „Lukaschenka-Regime das Land definitiv verloren hat“ und dass „seine Legitimität für immer verschwunden ist“. Das klassische Szenario einer Farbrevolution – zuletzt 2014 in der Ukraine – wird in Belarus nicht stattfinden, denn die „Regierungsgruppe, die sich aus von Lukaschenka persönlich handverlesenen und ständig rotierenden Bürokraten zusammensetzt, hat keine sichtbaren Risse entwickelt, und die Loyalität der Polizei sowie der Sicherheitsdienste wurde durch die persönliche Verantwortung ihrer Chefs für das Vorgehen nach der Wahl bekräftigt“.

Laut Trenin ist der Kreml mit Lukaschenka nicht verheiratet, aber „er hat genug von ihm“. Der Kreml kann „Belarus nicht erlauben, dem Weg der Ukraine zu folgen und ein weiteres antirussisches,

NATO-orientiertes Bollwerk an seinen Grenzen und näher an Moskau zu werden“. Der Kreml kann aber auch – weiter nach Trenin – keine Rebellion zulassen, die zu einem Blutbad führen könnte. Welche Optionen hat Putin?

1. Eine russische militärische Intervention in Belarus, um seinen Verbündeten zu stabilisieren. „Dies sollte wegen der unvermeidlichen katastrophalen Folgen um jeden Preis vermieden werden.“

2. Nichts tun und Lukaschenka fallen lassen in der Hoffnung, dass jeder, der nach ihm kommt, die engen Beziehungen von Belarus zu Russland berücksichtigt, auch im wirtschaftlichen Bereich. Das sei zu riskant, denn ein „Umbruch kann zu einem Blutbad führen und Moskau dazu zwingen, dann die erste Option auszuüben“.

3. Lukaschenka soll zerbrochene Beziehungen zum Westen nutzen und sie „in eine enge Umarmung hüllen“. Diese Option wird als kontraproduktiv eingestuft, denn sie würde Russland zu einem Komplizen des zum Scheitern verurteilten Regimes machen und „mit Moskaus eigenem Geld Hass auf Russland erzeugen“.

4. Über Lukaschenka hinaus schauen und eine Machtübertragung in Minsk verwalten. „Diese Option würde bedeuten, den politischen Übergang in Belarus zu erleichtern, indem Lukaschenka davon überzeugt wird, dass der Ruhestand im Exil unter den gegenwärtigen Umständen die am wenigsten schlechte Option für ihn ist. Dies würde bedeuten, gleichzeitig ein breites Spektrum von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Belarus einzubeziehen und einer neuen angesehenen Hausmeisterführung zu helfen, zu gegebener Zeit Wahlen abzuhalten. Dies würde auch bedeuten, die Belarussen über die Fragen der bilateralen Beziehungen zu informieren, einschließlich der Natur des Unionsstaates und seiner verschiedenen Elemente. Dies würde die künftigen Parameter der Wirtschafts- und Sicherheitsbeziehungen zwischen den beiden Ländern einschließen. Das Gespräch müsste offen sein, und die gegen-

seitigen Verpflichtungen müssen bestätigt oder nach Bedarf angepasst werden.“

Hier kann auf den durch Bevölkerungsproteste ausgelösten Machtwechsel in einem Russland verbundenen Staat vor nicht allzu langer Zeit hingewiesen werden, bei dem Moskau nicht interveniert hatte, auf die „samtene Revolution“ in Armenien 2018. Der so an die Macht gekommene neue Präsident Nikol Paschinjan behielt die engen Beziehungen seines Landes zu Russland bei. Er hat allerdings praktisch auch keine andere Wahl, denn in Armenien bestehen russische Militärstützpunkte. Ohne deren Rückhalt könnte Jerewan nicht dem Druck Bakus standhalten, welches das 1991 von armenischen Truppen eroberte Gebiet Berg-Karabach, das zu Aserbaidschan gehört, aber mehrheitlich von Armeniern bewohnt wird, zurückerobern will. Armenien ist freilich nicht Belarus und hat eine andere geographische Lage.

Prof. Dr. Eberhard Schneider

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Vizepräsident der International Union of Economists St. Petersburg (IUECON) sowie Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.

Der Artikel erschien erstmalig bei ISPSW Strategy Series: Focus on Defense and International Security, Issue No. 715, www.ispsw.de
Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der pmg

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
Tel.: +49 (221) 8875920
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der pmg.

